

Basler FDP-Parteitag vom MO 20.08.18. Verabschiedung des Parteiprogramms

Ausländerinnen/Ausländer und Migration

Antragsteller: Rolf Stürm
Stelle: Seite 8, Zeile 19

Formulierung aktuell:

Probleme ansprechen: Wir fordern dazu auf, die Probleme der Integration im gesellschaftlichen Diskurs aktiv anzusprechen. Extremismus, Parallelgesellschaften und Antisemitismus werden nicht durch Wegschauen gelöst. Gegenüber Intoleranz darf es keine falsche Toleranz geben.

Formulierung neu:

... Extremismus, Parallelgesellschaften, und Antisemitismus und Homophobie werden nicht durch Wegschauen gelöst. Gegenüber Intoleranz darf es keine falsche Toleranz geben.

Position des Vorstandes: Annahme

Basel.Stadt. Basler Zeitung | Mitt

FDP will Drogenliberalisierung

Parteimitglieder lehnen Verbotskultur und Ausländerstimmrecht ab

Von Mischa Hauswirth

Basel. Sie gehört zu den grossen Verliererinnen der Grossratswahlen vor zwei Jahren. Nach dem Sitzverlust geriet die Basler FDP allmählich ins Wanken. Der Partei, die zwar noch einen Regierungsrat stellt und sich selber als «staatstragend» sieht, droht bei einer weiteren Wahlschlappe in zwei Jahren der Abstieg zu einer Kleinpartei. Unter den Bürgerlichen ist sie jetzt schon weniger bedeutend als die SVP und die LDP.

Dementsprechend grosses Augenmerk hat der FDP-Vorstand auf das neue Parteiprogramm gelegt, über dessen Inhalt die Freisinnigen am Montagabend im Restaurant Schützenhaus berieten. Die Eckpunkte des neuen Programms bestanden aus «Bildung, Digitalisierung und Wirtschaft». Die Werte «Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt» werden weiter hochgehalten, sagte Luca Urgese, Präsident der FDP Basel-Stadt.

Bei der Bildung wollen die Freisinnigen die «Vielfalt und Wahlfreiheit im Bildungssystem» über sogenannte Bildungsgutscheine garantieren. Diese sollen Eltern eine freie Schulwahl für ihre Kinder unabhängig vom Einkommen garantieren, inklusive Privatschulen. Auch dass «Eltern erziehen, Lehrpersonen lehren», hält das FDP-Parteiprogramm fest, denn, so drückte es ein FDP-Mitglied aus, die «linken Lehrer» würden oft mehr tun, als ihre Aufgabe sei, nämlich Wissen zu vermitteln. Sie würden die Schüler auch im Sinne ihres politischen Weltbildes zu erziehen versuchen.

Ein weiteres Augenmerk legten die Freisinnigen auf die Digitalisierung. Hier sollen Datenschutz und Selbstbestimmung ebenso zu den Grundsätzen zählen wie das Schaffen von «optimalen Rahmenbedingungen» für eGovernment, eine «Top-Infrastruktur» oder «Gestaltungsfreiheit bei der Arbeitskultur». Basel soll eine Vorreiterrolle übernehmen und bei der Digitalisierung mehr mit privaten Anbietern zusammenarbeiten, was dann gleichzeitig ein investitionsfreundliches Klima schaffe, hiess es.

Kontrollieren und besteuern
Beim Kapitel Migration verlangte FDP-Mitglied Rolf Stürm, den vom Vorstand vorgeschlagenen Textpassus zu erweitern. Es gehe nicht nur darum, Extremismus und Parallelgesellschaften einzudämmen, sondern der Homophobie einen Riegel zu schieben. Denn diese würde in gewissen Kulturen (und Religionen) toleriert oder sogar gefördert. Darum solle sich das Parteiprogramm in diesem Punkt klar gegen Homophobie aussprechen. «Das ist schon deshalb wichtig, weil in Basel überdurchschnittlich viele Homosexuelle leben», sagte Stürm. Sein Änderungsantrag wurde angenommen.

Zu den längsten Diskussionen kam es beim Kapitel Gesundheit. Hier hatte der Vorstand beantragt, alle «Drogen zu legalisieren» (BaZ berichtete). Einerseits wollen die Freisinnigen dem Menschen das Recht auf Selbstbestimmung, was er konsumieren will und was nicht, zurückgeben, andererseits «sollen Drogen nicht verboten, sondern legalisiert, kontrolliert und besteuert werden». Es gehe darum, den Schwarzmarkt auszutrocknen und somit den Dealern die Gewinne zu verunmöglichen.

Einige der FDP-Mitglieder verlangten, diesen Textabschnitt ersatzlos zu streichen. Andere wie Christoph Spenlé wollten die Legalisierung nur für die weichen Drogen als Ziel formuliert sehen, worauf FDP-Neumitglied Thomas Kessler sagte, die Definition «weich» sei wissenschaftlich nicht zu halten. FDP-Grossrat David Jenny gab zu bedenken, dass eine Drogenlegalisierung die Frage mit sich bringe, warum einige Medikamente rezeptpflichtig seien, wenn Heroin oder Kokain frei bezogen werden könnten. Doch so weit ins Detail gehen die Legalisierungspläne noch nicht. Es gehe darum, eine Vision festzuhalten, um das Drogen- und Suchtproblem besser zu lösen als mit Repression und Verbotspolitik, sagte Urgese. Am Ende nahm die FDP-Parteiversammlung die Legalisierung mit dem Passus an, dass «Drogen grundsätzlich nicht verboten» sein sollen.

Zufrieden über dieses Resultat zeigte sich alt Grossrat und FDP-Mitglied Luc Saner. Er hat vor 30 Jahren «praktisch noch alleine», wie er sagt, für eine Drogenpolitik gekämpft, die sich an Realitäten und nicht an Ideologien orientiert.

Ausländerstimmrecht abgelehnt
Zu diskutieren gab auch die Forderung, dass jeder wieder Steuern bezahlen soll. Es sei bedenklich, wenn bald ein Drittel der Basler Bevölkerung keine Einkommenssteuern mehr bezahlen würde, sagte FDP-Mitglied Walter Brack, der den Zusammenhalt der Gesellschaft in Gefahr sieht. Jeder Erwachsene solle einen kleinen Beitrag an die Kosten der Allgemeinheit leisten, forderte er. Der Antrag wurde abgelehnt.

Ebenso chancenlos blieb Thomas Kessler, der das Stimmrecht auf 16 senken und Ausländer bei kantonalen Vorlagen abstimmen lassen wollte. Auch wenn Kessler seine Anträge als «Denkanstoss für die Gesellschaft der Zukunft» versteht, folgten die FDP-Mitglieder dem Vorstand. Dieser will nicht an der Altersgrenze 18 rütteln und hält auch nichts vom Ausländerstimmrecht. «Abstimmen ist das Ende eines Integrationsprozesses», sagte Urgese. Schweizer Bürger würden nicht verstehen, warum ein Ausländer abstimmen kann, wenn er nicht integriert sei.